

Dokumentation

Jahresbericht des Lateinamerikanischen Kirchenrates (CLAI)

Aus den Mitgliedskirchen und ihren Ländern

Wenn Du schnell gehen willst, geh allein. Wenn Du weit weg gehen willst, geh in Begleitung
(Sprichwort aus Zimbabwe)

Das Jahr 2002

Das Jahr begann verheißungsvoll mit einem historischen Treffen an dem der peruanische Präsident Alejandro Toledo und eine Gruppe evangelischer Kirchenführer dieses Landes, die in dem Evangelischen Nationalrat von Peru (CONEP) zusammengeschlossen sind, teilnahmen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Andenlandes erhielten die evangelischen Kirchen die öffentliche Anerkennung, die die katholische Kirche schon seit Jahrhunderten genießt. Wie in den anderen Ländern des Kontinents war dieses Ereignis ein weiteres Zeichen der an Bedeutung wachsenden Präsenz des Evangelischen in der Öffentlichkeit.

Aber auch wenn dieses Ereignis Anlass zum Jubeln für die evangelische Gemeinschaft war, spielte es sich vor dem Hintergrund Argentiniens ab, das seit den letzten Tagen des Jahres 2001 in eine ernste wirtschaftliche und institutionelle Krise geraten war. Der Protest des Volkes in den Straßen von Buenos Aires und anderen Städten – gekennzeichnet durch Repressionen und Verluste von Menschenleben – veranlasste den Rücktritt von Präsident De la Rúa und zwei weiteren Übergangspräsidenten und führte zu einer prekären politischen Stabilität unter der Regierung Duhalde. Die evangelischen Kirchen, die den Ausbruch der Krise vorausgesehen und prophezeit hatten, setzten sich für einen gewaltlosen Ausweg ein und veranlassten diakonische Hilfe in den Gemeinschaften.

Der Vorstand des CLAI traf sich vom 26.-28. Februar in Quito und gab eine Erklärung aus, die zum Ziel hatte, die Zeichen der Hoffnung inmitten einer allgemein verzweifelten Situation, die Millionen Menschen des Kontinents betrifft, hervorzuheben. Der CLAI bestätigte erneut, dass die Ankündigung und die Verwirklichung des Reiches Gottes die wesentliche Aufgabe der Kirche sei. Ebenfalls ermöglichte die regionale Beratungsrunde über Migration und Vertreibung einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch der Kirchen und christlichen Einrichtungen in Kolumbien, Peru, Ecuador und Venezuela. Tausende von Stimmen aus allen Winkeln des Planeten kamen zum II. Sozialforum in Puerto Alegre, um sich für einen globalen Kampf für eine gerechtere Welt und die Verteidigung der Sozialdemokratie auszusprechen.

Die internationale Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung in Monterrey, Mexiko, Mitte März, war Plattform für eine bedeutende Präsenz des Lateinamerikanischen Kirchenrates. Die Delegation des CLAI, die sich aus Kirchenführern verschiedener Länder des Kontinents zusammensetzte, sandte eine Erklärung aus, die die Notwendigkeit der Einführung von ethischen Prinzipien im internationalen wirtschaftlichen Leben bestätigte und ein Echo in der lokalen Presse hervorrief.

In diesem Monat März bewegte der Mord an Isaias Duarte Cancino, Erzbischof von Cali, die Öffentlichkeit und machte deutlich, dass die Gewalt in Kolumbien nicht einmal vor spirituellen Führern der Größe eines Bischof Duarte halt macht. Die Ermordung des römisch-katholischen Prälaten geschah im Kontext des Abbruchs der Friedensverhandlungen und der Verschärfung des bewaffneten Konflikts in diesem Land. Im selben Monat traf sich in Peru der so genannte CLADE IV-Peru. Führende Mitglieder befassten sich mit dem Wachstum der evangelischen Kirchen und analysierten kritisch deren politisches Engagement. In Argentinien schlug u.a. ein evangelisches Sozialforum, das mehrere hundert Kirchenführer dieses Landes vereint, konkrete Maßnahmen vor, um der Krise zu entkommen. In Bolivien veröffentlichten Leiter der katholischen Kirche, der Lutheraner, Methodisten und Pfingstler einen gemeinsamen Pastoralbrief mit dem Titel: „Wo ist dein Bruder?“, um die wachsende soziale Gewalt anzuklagen und die geistigen Werte und Tugenden wie die Gastfreundschaft,

die Solidarität und den Dienst (am Nächsten) zu fördern.

Der gescheiterte Staatsstreich gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez war das zentrale Ereignis im April. Der Putsch zeigte das hohe Maß an sozialem Konflikt in diesem südamerikanischen Land und auch den tiefen Zwist im Schoße der Kirchen bezüglich der Veränderungen, die die Regierung Chávez in Venezuela vertritt. Währenddessen gaben die Bischöfe und Präsidenten der lutherischen Kirchen des Kontinents in Bolivien eine Erklärung heraus, in der sie bestätigten, dass die Auslandsverschuldung unmoralisch und ungesetzlich ist und ein Ökumenischer Runder Tisch in Buenos Aires wies darauf hin, dass „die argentinische Krise Teil einer globalen Krise ist“. In Brasilien, dem Land, in dem dieses Jahr im Oktober die Präsidentschaftswahlen stattfanden, wurde die evangelische Stimme erstmals von den Hauptkandidaten hofiert. Einer der Kandidaten, der Presbyterianer Anthony Garotinho, begann seine Kampagne innerhalb der evangelischen Kirche und entwickelte einen Redestil, den die Analytiker als „Theopopulismus“ bezeichneten. Man schätzt, dass ca. 20% der brasilianischen Wählerschaft evangelisch ist.

In Ecuador demonstrierten die evangelischen Indigenen ihre Organisierung und ihre Stärke in einem Kongress von Kirchenführern und Pastoren, der mit Unterstützung des CLAI in der Nähe von Quito veranstaltet wurde. Der Kongress zeigte den hohen Reifegrad der FEINE und ihren wachsenden Einflusses auf das nationale politische Leben. Unter anderem besuchte eine ökumenische Delegation Guatemala, um den Fortgang der Friedensabkommen einzuschätzen und eine führende Gruppe von katholischen Bischöfen und Präsidenten der evangelischen Kirche Boliviens gab gemeinsam eine Erklärung über ihre Besorgnis bezüglich der spirituellen und sozialen Zerrüttung in diesem Andenland ab.

Der historische Besuch von Ex-Präsident Jimmy Carter auf Kuba im Mai – auf dem sich Carter mit kubanischen Kirchenführern traf und an einem ökumenischen Gottesdienst im Centro Martin Luther King in Havanna teilnahm - eröffnete einen kurzweiligen Auftakt der Hoffnung auf die Verbesserung der Beziehung zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Präsident Bush machte dem jedoch mit seiner Rede, in der er die stimmberechtigten Kubaner um Unterstützung für seinen Bruder in der Wahlkampagne von Florida bat, sehr bald ein Ende. Im Mai organisierte der CLAI ein Treffen der Kirchenvertreter von Brasilien und Chile, das als „erster Schritt“ zu einem Dialog und einer ökumenischen Zusammenarbeit gewertet wurde. Ebenfalls im Mai sandten die methodistischen Kirchen von Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador und Peru, die sich in Arica trafen, eine Erklärung aus, in der sie Solidarität und Respekt für die Immigranten in der Region von Südamerika forderten.

Im Juni hielt die lateinamerikanische und karibische Nachrichtenagentur (ALC) ihre Generalversammlung in Quito ab und schätzte ihre Präsenz im Kommunikationsbereich des Kontinents positiv ein. In Bolivien verfassten führende Persönlichkeiten der evangelischen und der katholischen Kirche aufgrund der Wahlen einen ökumenischen Pastoralbrief. Sie riefen dazu auf, zu verhindern, dass Vertreter des politischen Systems regieren, die „die Politik von der Ethik, der Wahrheit und der Gerechtigkeit trennen“. Auf ähnliche Weise ermahnten die Coordinadora Ecueménica de Servicio (CESE) und der Nationale Kirchenrat von Brasilien (CONIC) sich in den nächsten allgemeinen Wahlen in diesem südamerikanischen Land für die Ethik zu entscheiden. In Quito, Ecuador, versammelten sich Vertreter der Vereinten Bibelgesellschaften, der Internationalen Bibelgesellschaft, Visión Mundial, Fraternidad Teológica Latinoamericana, CLAI und anderen Organismen und Institutionen der theologischen Ausbildung, um die Rolle der Heiligen Schrift im Leben der evangelischen Kirchen des Kontinents zu erörtern und drückten ihre Besorgnis über den „biblischen Analphabetismus“ einiger evangelischer Christen aus.

Im Juli versammelten sich die Reformierten Kirchen Lateinamerikas, die in der Alianza de las Iglesias Presbiterianas y Reformadas de América Latina (AIPRAL) vereint sind, in São Paulo zur IX. Vollversammlung. Die Teilnehmenden des Treffens klagten die weltweite Krise des Werteverfalls an, „in der der Individualismus nach Sensationen und Kurzlebigkeit sucht“. Im Juli fand auch die zweite Ökumenische Tagung in Brasilien statt, die mehr als 300 Personen zusammenführte und als ein Moment „der Mystik und der Solidarität“ bezeichnet wurde. Inmitten von Kontroversen sprach Johannes Paul II in Mexiko den Indigenen Juan Diego heilig, während in Nicaragua Präsident Bolaños „die wertvollen Beiträge der evangelischen Kirchen“ in den Bereichen Gesundheit und Bildung und der Vermittlung von ethischen und spirituellen Prinzipien anerkannte.

Die Nachricht, dass die Stadt Porto Alegre als Sitz der nächsten Generalversammlung des

ÖRK ausgewählt wurde, war in Brasilien und von der lateinamerikanischen ökumenischen Bewegung mit Jubel begrüßt worden. In Argentinien hat der Nationale Evangelische Christenrat (CNCE) – das stellvertretende Organ der evangelischen Kirchen in diesem Lande – eine Erklärung entsendet, die die Ursachen der Krise analysiert und u.a. die wirtschaftliche und politische Unterdrückung durch die Vereinigten Staaten „aufgrund einer imperialistischen Herrschaft ohnegleichen“ anführt. In Bolivien erhielt Gonzalo Sánchez de Lozada in einer der erbittertesten Wahlen in der Geschichte des Landes erneut zum zweiten Mal das Amt des höchsten Staatsoberhauptes, während Evo Morales, ein Kokabauer und Indigenaführer auf den zweiten Platz der Präsidentschaft kam. In selben Monat August bezeichnete ein Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) die Arbeitslosigkeit in Lateinamerika als „verheerend“ und wies auf das bedeutende Gewicht der informellen Wirtschaft in der Mehrheit der Länder des Kontinents hin.

Auf der Zielgeraden der Wahlkampagne entsandten die ekuadorianischen evangelischen Christen, die der Confraternidad Evangélica del Ecuador (CEE) angehören, im September eine Erklärung, in der sie darum baten, Blankostimmen bei der Wahl auszuschließen und einen Regierungschef zu wählen, der sich für „Solidarität und Rechtschaffenheit“ einsetzt. In Brasilien lehnten 10 Millionen Personen, das heißt 10% der wahlberechtigten brasilianischen Bevölkerung, den ALCA (die Freihandelszone der beiden Amerikas) in einer Volksabstimmung ab, die von Organisationen der Zivilgesellschaft und der katholischen Kirche durchgeführt wurde. Ebenfalls von Brasilien aus forderten die lutherischen Kirchen des Cono Sur die Kirchen und christlichen Organisationen des Kontinents dazu auf, den Vorschlag des Lateinamerikanischen Parlaments zur eigenen Sache zu machen und den Internationalen Justizgerichtshof in Den Haag bezüglich der Gültigkeit der Auslandsverschuldung der armen Länder zu Rate ziehen. Eine ökumenische Delegation des ÖRK, des CLAI und des Nationalen Konzils der Kirchen der Vereinigten Staaten besuchte Venezuela, um die Möglichkeiten einer pastoralen Begleitung der Kirchen dieses Landes zu prüfen. Das Abschlussdokument der Reise ruft die Christen in Venezuela auf, „nicht schwach zu werden und umzufallen gegenüber der höchsten Berufung, Boten der Versöhnung zu sein“.

Die brasilianische Linke triumphierte gleich zweimal im Oktober: Zuerst am Sonntag, den 6. Oktober, als José Serra und Luiz Inacio da Silva „Lula“ als Endkandidaten gewählt wurden; und 20 Tage später, als der Kandidat der Arbeiterpartei (PT) mehr als 61% der Stimmen erhielt, worin viele Analytiker eine explizite Ablehnung der brasilianischen Bevölkerung sehen, was die neoliberale Politik des scheidenden Präsidenten Fernando Henrique Cardoso angeht. Die Wahlen zeigten das wachsende Gewicht des „evangelischen Faktors“ im politischen Leben dieses Landes, vertreten durch die Ernennung einer Presbyterianerin, Rosinha Garotinho, als Gouverneurin des bedeutenden Bundesstaates von Río de Janeiro und der immer größeren Anzahl von evangelischen Abgeordneten im Senat, in der föderativen und der staatlichen Kammer. In Lima schlossen sich die Bischöfe und Präsidenten der lutherischen Kirchen der Andenregion dem Bittgesuch der Kirchen des Cono Sur an, das Thema der Verschuldung vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. Unter der Schirmherrschaft vom CLAI, vom Episkopalen Lateinamerikanischen Kirchenrat (CELAM) und der Evangelisch-Pfingstlerischen Lateinamerikanischen Kommission (CEPLA) gab es ein Treffen von lateinamerikanischen Theologen, von Pfingstlern und Katholiken in Bogotá, welches als „hoffnungsvoller Weg“ für einen Dialog zwischen diesen christlichen Familien bezeichnet wurde. In Havanna bildeten die Volksfeiern des Reformationstags einen Markstein im Leben der kubanischen Kirchen und einen Moment der Wiederbegegnung mit den Geschwisterkirchen des Kontinents.

Der lateinamerikanische Wirtschaftsausschuss (CEPAL) schlug im November mit der Meldung Alarm, dass das soziale Ungleichgewicht und die Stagnation der Wirtschaft in den letzten fünf Jahren zugenommen haben und es 20 Millionen mehr Arme auf dem Kontinent gibt. „Südamerika befindet sich inmitten einer verlorenen Dekade“ sagte der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Enrique Iglesias, auf einem Treffen in Montevideo Anfang November. In diesem Kontext trafen sich methodistische Bischöfe der Vereinigten Staaten und von Lateinamerika in Puerto Rico, um die kritische Situation der Kinder auf dem Kontinent zu analysieren und drückten gegenüber dem Volk von Vieques ihre Solidarität aus. Währenddessen fanden sich Theologen und Sozialwissenschaftler in Havanna ein, die den Neoliberalismus als „Vergötterung des Marktes“ bezeichneten und den ALCA als hegemoniales Projekt, das die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verstärken wird, ablehnen. Die Entführung des kolumbianischen Bischof Jorge Jimenez (Präsident von CELAM) durch eine Guerrilla-Gruppe, der durch einen militärischen Eingriff des Militärs gerettet wurde, zeigte wieder einmal, dass der Terror der aufständischen Gruppen nicht vor

den Türen der Gotteshäuser halt macht. Ein Bericht des Evangelischen Kirchenrates von Kolumbien (CEDECOL) gibt an, dass 65 Kleriker seit 1988 in diesem Land ermordet wurden, es handelt sich um 26 Katholiken (darunter ein Bischof) und 39 Angehörige verschiedener evangelischer Denominationen. In Ecuador erlangte, entgegen allen Voraussagen, der ehemalige Oberst Lucio Gutierrez die Präsidentschaft mit Unterstützung von der indigenen Bewegung.

Im Dezember verschärfte sich der politische Konflikt in Venezuela, der die Kirchen veranlasste, sich zu Gunsten eines friedlichen Ausgangs der tiefen Krise, in der sich das Land befindet, einzusetzen. In Argentinien, wo Nahrungsmittel für 330 Millionen Menschen, d.h. für neunmal mehr Einwohner als die Bevölkerung zählt, produziert werden, hat die tragische Realität der Armut und insbesondere der Hungertod der Kinder Schlagzeilen in den Medien hervorgerufen und die öffentliche Meinung innerhalb und außerhalb des Landes bewegt. In Brasilien versicherte der gewählte Präsident Lula da Silva, dass er mit der Unterstützung der Protestanten rechnet, „um die hohen Sozialschulden des Landes zu begleichen“. In Nicaragua war die Stimme eines evangelischen Abgeordneten entscheidend für die parlamentarische Mehrheit, um den Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán abzusetzen, während in Uruguay die repräsentative evangelische Kommission (CREU) die Regierungsschicht für die wirtschaftlichen Katastrophen verantwortlich machte und die Uruguayer dazu einlud „die Hoffnung in besseren Optionen als im Konsum und im dekadenten Materialismus zu suchen“.

Übersetzung aus: El caminar del CLAI, Actividades del 2002, S.7-15 Übersetzung: EMW, Brigitta Kainz

